

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(72. - öffentliche - Sitzung am 16. Juni 2021)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes für Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4843](#)

Der - federführende - Ausschuss ließ sich durch den IT-Bevollmächtigten der Landesregierung über den Sachstand zum Onlinezugangsgesetz unterrichten.

2. **Lüneburger Bergen-Belsen-Prozesse würdigen - Strafverfolgung für Menschenrechtsverletzungen vorantreiben**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7949](#)

Namens der Landesregierung nahmen die Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Vertreter des Justizministeriums zu dem Antrag Stellung.

3. **Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus.“ retten - mit dem Bundesprogramm die Zivilgesellschaft in Niedersachsen stärken**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8340](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, die Antragsberatung fortzusetzen, wenn die Landesregierung die in der 68. Sitzung am 5. Mai 2021 erbetene Maßnahmenübersicht vorgelegt hat.

4. **Anpassung der Höhe von Grundentschädigung und Aufwandsentschädigung gemäß Niedersächsischem Abgeordnetengesetz**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9368](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Antragsberatung.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung einer Mindestfrist vor Inkrafttreten neuer Corona-Verordnungen**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9397](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in der nächsten Sitzung zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

6. **Update für die Justiz - Herausforderungen des digitalen Wandels auf Augenhöhe begegnen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/9391](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.